S 18 AS 1617/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung 1.

Kategorie Beschluss

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Verwirkung

Leitsätze -Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 18 AS 1617/16

Datum 24.01.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 1 AS 474/19 NZB

Datum 15.02.2021

3. Instanz

Datum -

Die Beschwerde des Beklagten gegen die Nichtzulassung der Berufung in dem Urteil des Sozialgerichts Neuruppin vom 24. Januar 2019 wird zur $\tilde{A}^{1}\!\!/_{\!4}$ ckgewiesen.

Â

Der Beklagte hat der KlĤgerin die notwendigen auÄ ergerichtlichen Kosten des Beschwerdeverfahrens zu erstatten.

Â

Gründe:

Â

Die gemäÃ∏ <u>§ 145</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) zulässige Beschwerde des Beklagten gegen die Nichtzulassung der Berufung in dem Urteil des Sozialgerichts Neuruppin (SG) vom 24. Januar 2019 ist unbegründet. Denn weder ist die Berufung gegen das Urteil bereits kraft Gesetzes zulässig noch sind

Zulassungsgründe nach <u>§Â 144 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 SGG</u> gegeben.

Â

Nach \hat{A} § \hat{A} 144 Abs. \hat{A} 1 Satz \hat{A} 1 Nr. 1 SGG bedarf die Berufung der Zulassung, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes bei einer Klage, die eine Geld-, Dienst- oder Sachleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt betrifft, 750,00 \hat{a}_{\Box} nicht \hat{A}^{1} 4bersteigt. Dies gilt nach \hat{A} § 144 Abs. 1 Satz 2 SGG nicht, wenn die Berufung wiederkehrende oder laufende Leistungen f \hat{A}^{1} 4r mehr als ein Jahr betrifft. Im Streit ist hier eine Erstattungssumme in H \hat{A} ¶he von nur 184,02 \hat{a}_{\Box} ¬. Die Berufung ist damit nach dem Gesetz grunds \hat{A} xtzlich ausgeschlossen.

Â

Die Berufung ist nicht nach <u>§Â 144 Abs. 2 SGG</u> zuzulassen. Nach <u>§Â 144 Abs. 2 SGG</u> ist die Berufung zuzulassen, wenn die Rechtssache grundsÃxtzliche Bedeutung hat, das Urteil von einer Entscheidung des Landessozialgerichts, des Bundessozialgerichts (BSG), des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes oder des Bundesverfassungsgerichts abweicht und auf dieser Abweichung beruht oder ein der Beurteilung des Berufungsgerichts unterliegender Verfahrensmangel geltend gemacht wird und vorliegt, auf dem die Entscheidung beruhen kann.

Â

Die Rechtssache hat keine grundsĤtzliche Bedeutung. GrundsĤtzliche Bedeutung kommt einer Rechtsache nur zu, wenn von der Entscheidung der Rechtssache erwartet werden kann, dass sie zur Erhaltung und Sicherung der Rechtseinheit und zur Fortbildung des Rechts beitragen wird. Dies wiederum ist nur dann der Fall, wenn es in einem Rechtsstreit um eine klĤrungsbedļrftige und klĤrungsfĤhige Rechtsfrage geht, deren Entscheidung über den Einzelfall hinaus Bedeutung besitzt. KlĤrungsfĤhigkeit in diesem Sinne ist gegeben, wenn es auf die als grundsätzlich angesehene Rechtsfrage im konkreten Rechtsfall ankommt, sie also für den zu entscheidenden Streitfall rechtserheblich ist. Nicht klĤrungsbedürftig ist die Rechtsfrage, wenn die Antwort praktisch auÃ∏er Zweifel steht, weil sie sich beispielsweise unmittelbar aus dem Gesetz ergibt oder sie bereits höchstrichterlich entschieden ist (vgl. Kummer, Der Zugang zur Berufungsinstanz nach neuem Recht, NZS 1993, S. 337 ff. [341] m. w. Nachw.).

Â

Der Beklagte wendet sich gegen die Annahme des SG, der Erstattungsanspruch sei verwirkt. Zu Unrecht sei es davon ausgegangen, dass das sogenannte Umstandsmoment des Vertrauenstatbestandes bestanden habe.

Der Beklagte hat damit keine Rechtsfrage von grundsĤtzlicher Bedeutung formuliert, sondern hĤlt dem Urteil vor, dass die von der obergerichtlichen Rechtsprechung bereits geklĤrten Voraussetzungen einer Verwirkung im

konkreten Fall nicht vorliegen würden.

Â

Die Berufung ist auch nicht wegen einer Abweichung von der Rechtsprechung eines Obergerichts zuzulassen (Zulassungsgrund nach $\frac{\hat{A}\$\hat{A}}{144}$ Abs. 2 Nr. \hat{A} 2 SGG). Dieser Zulassungsgrund setzt nach der Rechtsprechung des BSG voraus, dass einerseits ein abstrakter Rechtssatz der angefochtenen Entscheidung und andererseits ein der Entscheidung eines Obergerichts zu entnehmender abstrakter Rechtssatz nicht $\frac{\hat{A}}{4}$ bereinstimmen. Dabei muss das abweichende Gericht den mit der obergerichtlichen Rechtsprechung nicht $\frac{\hat{A}}{4}$ bereinstimmenden Rechtssatz seiner Entscheidung zugrunde gelegt, insoweit eine die Entscheidung tragende Rechtsansicht entwickelt und damit der obergerichtlichen Rechtsprechung im Grunds $\frac{\hat{A}}{4}$ zlichen widersprochen haben (Leitherer in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Auflage 2020, $\frac{\hat{A}}{4}$ 160 Rdnr. 13-14 m. w. Nachw.).

Â

Diese Voraussetzungen sind hier nicht erf $\tilde{A}^{1}/4$ llt. Selbst wenn das Sozialgericht unzutreffend subsumiert haben sollte, l \tilde{A} ¤ge darin noch keine Abweichung von der h \tilde{A} ¶chstrichterlichen Rechtsprechung, da deren Rechtss \tilde{A} ¤tze $\tilde{A}^{1}/4$ bernommen worden sind.

Eine Verwirkung als AusprĤgung des Grundsatzes von Treu und Glauben (<u>§Â 242</u> Bürgerliches Gesetzbuch) ist auch für das Sozialversicherungsrecht anerkannt. Sie setzt als Unterfall der unzulÄxssigen Rechtsausļbung voraus, dass der Berechtigte die Ausübung seines Rechts während eines längeren Zeitraums unterlassen hat und weitere besondere UmstÄxnde hinzutreten, die nach den Besonderheiten des Einzelfalls und des in Betracht kommenden Rechtsgebietes das verspĤtete Geltendmachung des Rechts dem Verpflichteten gegenļber nach Treu und Glauben als illoyal erscheinen lassen. Solche, die Verwirkung auslösenden â∏besonderen Umständeâ∏∏ liegen vor, wenn der Verpflichtete infolge eines bestimmten Verhaltens des Berechtigten (Verwirkungsverhalten) darauf vertrauen durfte, dass dieser das Recht nicht mehr geltend machen werde (Vertrauensgrundlage) und der Verpflichtete tatsÄxchlich darauf vertraut hat, dass das Recht nicht mehr ausgeļbt wird (Vertrauenstatbestand) und sich infolgedessen in seinen Vorkehrungen und Ma̸nahmen so eingerichtet hat (Vertrauensverhalten), dass ihm durch die verspĤtete Durchsetzung des Rechts ein unzumutbarer Nachteil entstehen würde (vgl. BSG, Urteil vom 21. April 2015Â â∏∏ B 1 KR 7/15 RÂ -. Juris-Rdnr. 17 mit weiteren Nachweisen; LSG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 24. November 2015 -L 14 AS 3260/14- juris-Rdnr. 37).

Entgegen der Auffassung des Beklagten geht auch das SG davon aus, dass eine Verwirkung regelmĤÄ□ig nicht nur einen Zeitablauf voraussetzt, sondern darļber hinaus UmstĤnde vorliegen müssen, aufgrund dessen der an sich Verpflichtete vertrauen durfte, der an sich Berechtigte wolle sein Recht nicht mehr ausüben, insbesondere aufgrund der Untätigkeit des Berechtigten. Diese Voraussetzung

wird $\tilde{A}^{1/4}$ blicherweise als Umstandsmoment und/oder Vertrauenstatbestand bezeichnet. Soweit der BSG in dem von dem Beklagten angef $\tilde{A}^{1/4}$ hrten Urteil des BSG vom 8. Oktober 2014 (<u>B 3 KR 7/14 R</u>, juris-Rdnr. 44) die Unt \tilde{A} xtigkeit als eigene Tatbestandsvoraussetzung auff $\tilde{A}^{1/4}$ hrt, stellt es inhaltlich keine davon abweichende Voraussetzung auf.

Das SG hat hier sowohl das Zeitmoment bejaht als auch ein â∏langes Schweigenâ∏ des Beklagten als Widerspruchsbehörde konstatiert. Es hat darüber hinaus auch Umstände aus dem Verhalten des Beklagten aufgezählt, aufgrund dessen die Klägerin den Eindruck habe gewinnen dÃ⅓rfen, der Beklagte mache die Erstattungsforderung nicht mehr geltend (vgl. S. 7f des Urteils).

Â

SchlieÄ lich ist die Berufung auch nicht wegen eines Verfahrensmangels (Zulassungsgrund § 144 Abs. 2 Nr. 3 SGG) zuzulassen. Ein Verfahrensmangel ist ein VerstoÄ gegen eine Rechtsvorschrift, die das sozialgerichtliche Verfahren regelt. Der geltend gemachte Mangel muss sich auf das Vorgehen des Gerichts auf dem Weg zum Urteil und nicht auf den sachlichen Inhalt des Urteils beziehen. Der Verfahrensmangel muss wesentlich sein, d. h. das angefochtene Urteil muss auf diesem Mangel beruhen kÄ nnen. Dies ist schon dann der Fall, wenn die MÄ glichkeit besteht, dass der Verfahrensmangel das Urteil beeinflusst hat, das Gericht also ohne diesen Verfahrensmangel zu einem fÄ 1/4 den KlÄ 2 ger gÄ 1/4 nstigeren Urteil gekommen wÄ 2 nabei ist bei der PrÄ 1/4 fung, ob ein Verfahrensmangel vorliegt, von der Rechtsauffassung des Gerichts auszugehen, dem der Verfahrensmangel unterstellt wird. Ein solcher mÄ glicherweise erheblicher Verfahrensmangel auf dem Weg zum Urteil liegt hier aber nicht vor. Der Beklagte hat weder solche GrÄ 1/4 nde geltend gemacht noch sind Anhaltspunkte fÄ 1/4 deren Vorliegen auch nur im Ansatz ersichtlich.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf der entsprechenden Anwendung des $\frac{\hat{A}\S 193}{SGG}$.

Â

Dieser Beschluss kann gemÃxÃxÃxÃxÃx0 nicht mit der Beschwerde an das Bundessozialgericht angefochten werden. Nach <u>Â</u>§ 145 Abs. 4 Satz 5 SGG wird der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts mit der Ablehnung der Beschwerde durch das Landessozialgericht rechtskrÃxftig.

Â

Erstellt am: 20.05.2022

Zuletzt verändert am: 22.12.2024		